

Neue Terrorwelle in Assam

Die ULFA kämpft seit 25 Jahren um einen eigenen Staat

Thomas Schmitt

Die Separatistenorganisation *United Liberation Front of Assam (ULFA)* hat in den zurückliegenden beiden Monaten gleich mehrfach mit Anschlägen auf ihren Kampf für ein von Indien unabhängiges Assam aufmerksam gemacht. Ins Visier gerieten vor allem strategisch bedeutende Ziele wie Regierungsgebäude, der nahe der Landeshauptstadt befindliche Militärflughafen und die im Osten des Landes gelegene Ölraffinerie in Digboi.

Schon im Februar hatte die Separatistenorganisation den Luftwaffenstützpunkt der indischen Armee nahe dem Zivilflughafen der Landeshauptstadt angegriffen, mit Mörsergranaten beschossen, Gebäude beschädigt und damit erhebliche Störungen des zivilen Flugverkehrs verursacht. In der Nacht zum 8. März folgten zwei simultane Explosionen, die einen Rohöltank der staatlichen *Indian Oil Corporation* in Digboi sowie eine 15 Kilometer entfernte Pipeline zerstörten. Verursacht durch den Einschlag eines Mörsergeschosses in einem von insgesamt sieben Speichertanks fingen fünf Millionen Liter Rohöl Feuer. 50 Feuerwehrkräfte waren intensiv bemüht, die ausufernden Brände in dieser Raffinerie - übrigens die älteste der Welt - zu löschen. Dieser seit dem fast 25jährigen Bestehen der ULFA bislang folgenschwerste Angriff auf eine Ölförderanlage der indischen Zentralregierung folgte dem Muster eines vor vier Jahren verübten ähnlichen Anschlags auf ein Öltanklager in Thekeraguri in Zentralassam. Bei einem weiteren Angriff am 16. März dieses Jahres wurden in den Distrikten Bongaigaon und Goalpara zwei Polizeivorposten überfallen. Dabei starben sechs Menschen, darunter ein ranghohes Mitglied der *Reserve Police Force (CRPF)*.

Mit den neuerlichen Terror- und Sabotageakten scheint die ULFA in ihrem Kampf gegen die Zentralmacht in Delhi einen neuen Anlauf zu nehmen. Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert verlangt

die ULFA einen eigenen Staat. Sie hat ihre ideologischen Wurzeln in der 1979 von der *All Assam Student Union (AASU)* initiierten und primär gegen bengalische Zuwanderer gerichteten Anti-Fremden-Kampagne. Sie bezichtigt die indische Zentralregierung in Delhi des ökonomischen Raubbaus in der peripheren aber an Rohölreserven reichen Nordostregion. Die ULFA ist ein militantes Auffangbecken für Vertreter eines separatistischen, assamesischen und somit gegen die Indische Union gerichteten Nationalismus, für die die Parteiführer des *Congress*, der *Asbom Gana Parishad (AGP)* oder die BJP keine ernstzunehmende politische Alternative bieten.

Gegen den Raubbau der Zentralregierung

Die Tatsache, daß die ULFA-Aktivisten zugleich in mehreren Distrikten und innerhalb kürzester Zeit in Assam aktiv geworden sind, läßt die von den Sicherheitskräften in den letzten Jahren erzielten Terrorbekämpfungserfolge in neuem Licht erscheinen. Obwohl die Schlagkraft der Separatistenorganisation im Jahr 2002 durch 126 getötete, 98 übergelaufene und mehr als 100 inhaftierte Aufständische auf 2.000 Kämpfer reduziert werden konnte, ist der Kern der Bewegung nach wie vor intakt. Auch scheint der Unterhalt der kostspieligen Guerillatruppe nicht gefährdet zu sein, da das Repressionsrepertoire von Entführungen über Lösegeldpressungen bis hin zu Prostitutions- und

lukrativen Drogengeschäften reicht. Hinzu kommt, daß im Süden Bhutans, in Myanmar und in Bangladesh schwer zu kontrollierendes Dschungelgelände als sicheres Rückzugsgebiet für die Aufständischen zur Verfügung steht.

Die Verantwortlichen der mittlerweile vereinheitlichten Befehlsstruktur von Armee-, paramilitärischen und regulären Polizeieinheiten spielen die jüngsten Aktionen als Verzweigungstaten einer ausgedienten Separatistenorganisation herunter. Diese Einschätzung ist jedoch irreführend. Schon im Januar 2003 sagten die für ihre notorisch proassamesische Berichterstattung bekannten Lokalzeitungen in Assam eine Reihe blutiger Anschläge im Westen des Landes voraus. Zwar traten diese Vorhersagen erst mit dreimonatiger Verzögerung ein, dafür wurden die Anschläge jedoch auch auf die militärstrategisch sensible Region Ostassams ausgedehnt.

Terror gegen den Terror

Nach dem Anschlag auf die Ölraffinerie in Digboi hatte der assamesische *Chief Minister* Tarun Gogoi am 10. März im Landesparlament noch lautstark die Verstärkung der Polizeikräfte und den Einsatz einer speziellen *Task Force* zur Bekämpfung der ULFA gefordert. Die Initiative traf jedoch auf wenig Gehör, da die assamesische Landesregierung mit der sogenannten S-ULFA (d. h.: *surrendered*) seit Beginn ihrer großangelegten Offen-

siven der Jahre 1993 und 1996 schon mit einer Gegenterrorstrategie gegen die Separatisten operiert. Ob eine zusätzliche, spezielle *Task Force* die bestehende Befehlsstruktur der zusammengelegten Armee, paramilitärischen und regulären Polizeieinheiten sinnvoll ergänzen kann, ist eher fraglich.

Die aufgrund des enormen militärischen Druckes seitens der Landes- und Zentralregierung zur Aufgabe gezwungenen ehemaligen ULFA-Kämpfer geraten unterdessen als S-ULFA-Kader selbst in die Defensive. Nachdem in der Bevölkerung publik wurde, daß Einheiten der S-ULFA mit Unterstützung der Sicherheitskräfte Familienangehörige von ULFA-Aktivistern ermorden, werden zunehmend Forderungen laut, die S-ULFA zu entwaffnen. Der Wille führender Politiker und Militärs, dieser Forderung auch tatsächlich nachzukommen, dürfte jedoch gering sein, da die S-ULFA im unerbittlich geführten Kampf gegen die Separatisten mit die wertvollste Stütze ist.

Bisher geht die aus den Landtagswahlen am 10. Mai 2001 siegreich hervorgegangene *Congress* Partei jedoch lediglich halbherzig gegen die ULFA vor. So wollte man auf internationaler Ebene mit den umliegenden Staaten, Bhutan, China,

Myanmar und Bangladesh zusammenarbeiten, um die Rückzugsgebiete und Trainingslager der ULFA in diesen Ländern auszuheben. Ernüchternd gestand der *Chief Minister* am 10. März ein, daß er keine Möglichkeit sehe, die dortigen Ausbildungslager der ULFA aufzulösen. Die Aussage des *Chief Minister* ist bezeichnend, war doch bekannt, daß im Vorfeld der Landesparlamentswahlen sowohl Politiker des *Congress* wie auch der größten Oppositionspartei im Lande, die AGP, versuchten, durch gegenseitige Schuldzuweisungen den Konflikt mit der ULFA politisch zu instrumentalisieren.

Entwicklungsprojekte für den Frieden

Unterdessen sieht sich die ULFA Attacken seitens der eigenen Anhängerschaft ausgesetzt. So verurteilte die Jugendorganisation der *Assam Jatiyatabadi Yuba Chhatra Parishad* (AJYCP) die Granatengriffe und betont die Notwendigkeit des Dialogs mit der Landes- und Zentralregierung. Worauf man auf Seiten der indischen Administration die Hoffnung auf Frieden noch nicht aufgegeben hat. Das Töten unschuldiger Zivilpersonen und die

zielgerichteten Angriffe auf die für die wirtschaftlich rückständige Region wichtige Ölindustrie im Norden des Unionsstaates sollen die Bevölkerung gegen die ULFA mobilisieren. Da mehrfach Vorschläge zu Friedensverhandlungen und Waffenstillstandsvereinbarungen unterbreitet wurden und trotz der Abspaltung der S-ULFA keine nennenswerte Schwächung der ULFA registriert werden konnte, will man nun mit massiver finanzieller Unterstützung der BJP-geführten Zentralregierung den Zulauf arbeitsloser Jugendlichen zur Terrororganisation stoppen. Langfristige Entwicklungsprojekte sind geplant, um den Terroraktivitäten der ULFA den Nährboden zu entziehen. Offen bleibt jedoch, ob die Behörden im Stande sind, sowohl den „Volkszorn“ gegen die ULFA zu mobilisieren wie auch die nichtintegrierte assamesische Jugend wieder auf den rechten Pfad zu führen. Als die Separatistenorganisation 1997 einen populären Sozialarbeiter tötete, führte dies zwar zu lautstarken Protesten vieler älterer Bürger und assamesischer Intellektueller, konnte aber den Rückhalt, den die ULFA bei vielen Jugendlichen genoß, nicht schmälern. **D**

Nordostindische Stammesguerilla will eigenen Kuki-Staat

Hintergründe zur Entführung von Wolfgang Heinrich in Manipur

Thomas Schmitt

Während eine „Koalition der Willigen“ im Irak gegen einen skrupellosen Tyrannen zu Felde zog und die „westliche Allianz“ allerorten den „internationalen Terrorismus“ bekämpft, hatte in der abgelegenen Nordostregion Indiens eine kleine Rebellengruppe den deutschen Entwicklungshelfer Wolfgang Heinrich entführt. Im Gegensatz zu dem von der Weltöffentlichkeit zur Zeit sorgsam beobachteten

Krisenherd im Vorderen Orient, trat damit eine bislang vergleichsweise unbeachtete Region ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit. Mit der Entführung des deutschen Mitarbeiters des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) wollte die sogenannte „Kuki Befreiungsarmee“ ihre Kriegskasse für ihren Separationskampf gegen die indische Zentralregierung füllen und sich gegen Landrechtsansprüche

der verfeindeten Nagas rüsten. Die indische Zentral- wie auch die manipurische Landesregierung war machtlos. Immer wieder hatten in der zurückliegenden Zeit Stammesguerillas in Manipur hochrangige Politiker, Industriemagnaten und Mitglieder anderer Stammesgruppen entführt oder getötet.

Manipur ist neben sechs weiteren Gliedstaaten der Nordostregion ein indischer